

Kommunalwahl 2020

Zukunft gestalten

in Köln

Kommunalpolitische Forderungen 2020-2025 der Kölner Gewerkschaften (Kurzfassung)

Mit unseren kommunalpolitischen Forderungen setzen wir eine gute Tradition der Kölner Gewerkschaften fort. Wir formulieren unsere Forderungen an die politischen Parteien in Köln und an die Kandidaten*innen für die Oberbürgermeisterwahl aus der Sicht der Arbeitnehmer*innen, der Jugend und der Senior*innen, deren Interessen wir vertreten.

In der Kommune werden jeden Tag Entscheidungen getroffen, die unmittelbar das Leben von Arbeitnehmer*innen, Jugendlichen und Senioren*innen prägen: Bezahlbarer Wohnraum, gesunde, klimafreundliche Mobilität, umfassende Gesundheitsangebote, eine kundenfreundliche, moderne und effektive Stadtverwaltung, für alle Bürger*innen zugängliche Freizeit-, Bildungs- und Kulturangebote, eine zukunftssichere Versorgung mit Energie, Kommunikationsnetzen, eine leistungsfähige Abfallwirtschaft und eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Die Jugend braucht gesunde und moderne

Lern- und Bildungsstätten, Arbeitnehmer*innen brauchen Arbeitsplätze, Senioren*innen eine sichere Umwelt. Und alle gemeinsam möchten wir in einer Stadt mit einem anspruchsvollen Stadtbild, mit grünen Erholungsräumen und mit lebendigen Veedeln leben, in denen Jung und Alt, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sozialem Status und Bildung zusammen leben, lernen und arbeiten.

Als Dachverband der Gewerkschaften formuliert der Kölner DGB die Interessen der Arbeitnehmer*innen an guter Arbeit im Betrieb – und hier insbesondere in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben – und an guten Lebensbedingungen als Bürger*innen unserer Heimatstadt Köln.

Dieses Papier ist eine Zusammenfassung unserer Kommunalpolitischen Forderungen. Die komplette Fassung steht unter www.Koeln-Bonn.DGB.de als Download bereit.

Rückblick

Gewalt gegenüber Politiker*innen und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nimmt zu.

Dabei verdienen sie Respekt und Anerkennung. Für uns gilt: Radikale und gewaltbereite Kräfte müssen zurückgedrängt und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt werden. Außerdem ist ein achtsamer Umgang in der Art und Weise, wie politische Konflikte ausgetragen werden, notwendig.

Achtsamkeit und Kritik sind keine Gegensätze!

Kritische Auseinandersetzung ist das lebendige Feuer der Demokratie. Auch wir als DGB Köln sahen uns häufig genötigt, die städtische Entwicklung der vergangenen Jahre kritisch zu betrachten.

Nach der Kommunalwahl 2014 herrschte Stillstand.

Es gab keine klaren Mehrheitsverhältnisse durch die notwendige Neuauszählung einzelner Stimmbezirke. Die Parteien waren zum Teil zerstritten – auch mit Blick auf die OB-Wahl 2015. Hier wurde wertvolle Zeit verschwendet. Erst zwei Jahre nach der Kommunalwahl legten CDU und Grüne eine Kooperationsvereinbarung vor. Als "Gestaltungsbündnis" wollten sie eine neue, sachpolitische Richtung einschlagen und beklagten einen „Handlungsstau“. Das Versprechen: Alles wird besser und transparenter. Aus unserer Sicht wurden die Versprechen nicht eingelöst.

Mehr Transparenz und Beteiligung? Bei der Diskussion über die städtischen Kliniken oder die geplante Ausgliederung der Bodenverkehrsdienste waren beide kaum vorhanden. Die Besetzungen von einzelnen Spitzenpositionen in der Verwaltung, in Aufsichtsräten und in Organisationen mit städtischer Beteiligung waren „ungeordneter als Roulette-Spiel“ (KSTA).

Neuer Politikstil? Klüngel, Zoff und Skandale sind Begriffe, die in den Medien immer wieder genutzt wurden, um Vorgänge in der Kommunalpolitik zu beschreiben. Mangelnde eigene Abstimmung von Politik und Stadtspitze gingen dabei zu Lasten der Mitbestimmung. Einzelne Entscheidungen – wie der Ausbaustopp für den Godorfer Hafen – wurden ohne die angekündigte Transparenz und Sachorientierung getroffen.

Der beklagte Handlungsstau? Die Sanierung von Oper, Schauspiel und weiteren Großprojekten laufen weiter aus dem Ruder. Die Mobilitätswende kommt nur langsam voran. Die Wohnungsnot ist nicht gesunken. Es fehlen immer noch Gesamtschulplätze, um den Bedarf zu decken. Die Liste lässt sich fortsetzen.

Die angekündigte Verwaltungsreform? Aus unserer Sicht gibt es keine spürbaren Veränderungen für die Bürger*innen. Es herrscht eine mangelnde Vertrauenskultur. Der Personalmangel in der Verwaltung und der hohe Krankenstand zeigen, dass einiges im Argen liegt. Arbeitsorganisation und Arbeitsklima sind Führungsaufgabe! Fragt man Beschäftigte der Verwaltung, dann wird regelmäßig mangelnde Führung bemängelt. Wesentliche Teile der Verwaltungsreform, die sich mit Führung befassen, werden unzureichend bearbeitet.

Köln muss sich neu erfinden ... muss Metropole werden und darf sich nicht nur als Bestandteil einer Metropolregion sehen. Rat und Stadtspitze müssen mehr Impulse und Signale von landes- und bundespolitischer Bedeutung setzen, die über „Armlänge“, „Klüngel“ und „Filz“ hinausgehen.

Köln hat das Potential: Die Angebote der Daseinsvorsorge und –fürsorge oder die breit aufgestellte Wirtschaftsstruktur bieten gute Entwicklungsperspektiven. Köln muss sich aber stärker an anderen europäischen Metropolen orientieren, z.B. an Wien im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus, an Kopenhagen im Bereich Mobilität, an Paris oder Mailand im Bereich Kunst und Kultur. Köln gehört in die Liga der europäischen Großstädte.



Unsere Kernforderungen

Köln muss Metropole sein!

Rat und Stadtspitze müssen mehr Impulse und Signale von landes- und bundespolitischer Bedeutung setzen, die über „Armlänge“, „Klüngel“ und „Filz“ hinausgehen. Köln ist mehr als Kölsch, Karneval und Dom. Köln muss in einem Atemzug mit anderen europäischen Metropolen genannt werden.

Köln muss STARK im Wandel sein!

Rat und Stadtspitze müssen sich in Kooperation mit Wirtschaft und Gewerkschaften auf den kommenden Strukturwandel (Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel) strategisch vorbereiten, um den Industriestandort und eine zukunftsfähige Wirtschaftsstruktur zu sichern.

Köln muss Vorbild sein!

Das gilt für die Arbeitsbedingungen bei den eigenen Beschäftigten sowie den Beschäftigten der städtischen Tochterunternehmen. Das gilt auch für die politische Kultur im Rat. Achtsamkeit im Umgang!

Köln muss „Treiber“ sein!

Rat und Stadtspitze müssen sich für „Gute Arbeit“ und für eine zukunftsgerichtete Wirtschaft sowie Stadtentwicklung einsetzen. Politik hat einen Gestaltungsauftrag.

Köln muss gute und zukunftsfähige Daseinsvorsorge sichern!

Es gilt, die öffentliche Daseinsvorsorge und Daseinsfürsorge für alle Bürger*innen als Kern einer sozialen Stadt zu stärken und ihre Qualität zu verbessern. Hierfür sind gute Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung für die Beschäftigten im Konzern unerlässlich.

Köln muss für alle lebenswert sein!

Das gelingt nur, wenn sich die Menschen in der Stadt wohl fühlen. Zentrale Faktoren sind Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur, Umwelt, Mobilität, Arbeit, Wohnen, Infrastruktur und Stabilität. Die Menschen müssen im Mittelpunkt stehen. Daran muss sich die Politik ausrichten.

Köln muss die zunehmende soziale Spaltung überwinden!

Dazu gehören Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung, eine besondere Förderung von Stadtteilen mit überdurchschnittlicher Arbeitslosenquote sowie eine besondere Unterstützung von Menschen, die aufgrund ihrer Lebensumstände nicht gleichberechtigt am sozialen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen können.

Köln muss hinsehen und handeln!

Die Bürger*innen erwarten eine handlungsfähige öffentliche Verwaltung, die sich erkennbar um die Probleme und Belange in der Stadt kümmert. Politik ist gefordert, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Köln muss gestalten statt verwalten!

Rat und Stadtspitze müssen klar erkennbare Ziele und Visionen für die Stadt formulieren. Ziele stehen vor Maßnahmen! Einzelmaßnahmen müssen in Gesamtzusammenhänge gestellt werden



Daseinsvorsorge als soziale Klammer

Daseinsvorsorge ist gemeinwohlorientiert: Öffentliche Daseinsvorsorge, eine leistungsfähige Infrastruktur und ein zuverlässiger und bürgernaher öffentlicher Dienst sind unverzichtbar für gute Lebensbedingungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Leistung anerkennen: Die hohe Qualität der Daseinsvorsorge, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen durch die Leistungen der Beschäftigten erbracht wird, muss der Rat der Stadt anerkennen. Daher fordern wir die Erneuerung des Bekenntnisses zur öffentlichen Daseinsvorsorge von allen demokratischen Parteien des Rates der Stadt Köln. Eine umfassende Daseinsvorsorge und „Gute Arbeit“ stellen den sozialen Frieden und die Teilhabe am öffentlichen Leben sicher

Verantwortungsbewusstsein: Der Rat und die in die Unternehmen entsandten Vertreter*innen müssen ihr Handeln an den Bedarfen der Daseinsvorsorge ausrichten und ihre Entscheidungen in Verantwortung für die Daseinsvorsorge, das Unternehmen und seine Beschäftigten treffen. Das Rechnungsprüfungsamt muss zu einer Beratungs- und Prüfungsinstanz für die Aufsichtsratsmitglieder der kommunalen Töchter entwickelt werden.

Gestalten statt verwalten: Eine Verwaltung ist nur gut aufgestellt mit ausreichend Personal, mit vernünftigen Arbeitsbedingungen sowie einer Vertrauens-, Fehler- und Konfliktkultur. Dies sind Führungsaufgaben. Aus diesem Grund fordern wir eine verbindliche Führungskräftequalifizierung, die zukunftsgerichtete Führungswerte, Organisations- und Strategieentwicklung beinhaltet.

Steuerlicher Querverbund: Der steuerliche Querverbund im Stadtwerke Konzern ist ein gutes Instrument, Einnahmen und Ausgaben gemeinsam zu gestalten und kostenintensive Bereiche der Daseinsvorsorge bezahlbar zu halten sowie den Haushalt der Stadt Köln geringer zu belastet. Dies setzt voraus, dass der steuerliche Querverbund dauerhaft durch die Bundesgesetzgebung gesichert wird und die Finanzkraft des Stadtwerke Konzerns erhalten bleibt.

Finanzkraft stärken! Zur Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge, von Innovation und hoher Qualitätsstandards fordern wir die Stärkung der Zukunftsfähigkeit und der Finanzkraft der Stadtwerke Köln und ihrer Gesellschaften durch nachhaltige Politik. Die Priorisierung von Investitionen muss den politischen Auftrag unterstützen. Zunehmender Kostendruck und steigender Wettbewerb bedingen ein Bekenntnis der Politik zu „ihren“ Stadtwerken, um langfristig und nachhaltig Versorgungsleistungen auf höchstem Niveau zu erschwinglichen Preisen für alle anbieten zu können.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und privatisierten Sektor: Die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind zunehmend mangelndem Respekt bis Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Die Gründe sind teilweise hausgemacht. Personalmangel, Arbeitsdruck, unzureichende Aus- und Fortbildungen, mangelnder Informationsfluss sowie schlechte Ausstattungen begünstigen Übergriffe. Aber auch die Prekariisierung von Arbeit oder der Abbau des Sozialstaates und die damit verbundene gesellschaftliche Desintegration tragen dazu bei, dass staatliche Repräsentant*innen nicht mehr als solche geachtet werden. Für uns stehen ganz klar der Arbeitgeber und der Dienstherr in der Pflicht, seine Beschäftigten wirkungsvoll zu schützen.

Kommunale Töchter: Detailforderungen zur Stadtverwaltung und den einzelnen kommunalen Tochterunternehmen sind in der Langfassung der Kommunalpolitischen Forderungen 2020 enthalten.



Unser Leitbild: Gute Arbeit

Für uns ist „Gute Arbeit“ ... gekennzeichnet durch eine faire und tariflich abgesicherte Bezahlung, durch betriebliche Mitbestimmung sowie unbefristete und sichere Beschäftigungsverhältnisse. Gesundheitsschutz und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Gute Arbeit bietet Entwicklungs-, Einfluss- und Lernmöglichkeiten und soziale Beziehungen unter den Beschäftigten.

Stadt muss Vorbild sein! Die Öffentliche Hand muss im Bereich „Gute Arbeit“ Vorbild sein. Das gilt für die Beschäftigten der Stadt genauso wie für die Mitarbeiter*innen kommunaler Unternehmen.

Stadt muss Treiber sein! Die Öffentliche Hand muss Treiber für „Gute Arbeit“ sein. Sie muss Unternehmen „treiben“, die sich nicht ihrer sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung stellen. Wir fordern einen „Masterplan Beschaffung, Ausschreibung und Vergabe“, mit dem die Stadt und ihre Töchter steuernd Einfluss nehmen sowie eine Ausrichtung von Wirtschaftsförderung, Planungs- und Genehmigungsrecht sowie Flächenmanagement am Prinzip ‚Gute Arbeit‘.

Stadtspitze ist gefordert! Als Folge der Abschaffung des Wirtschaftsdezernates muss die Stadtspitze eine zentrale Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung Kölns einnehmen und sich vor dem Hintergrund regionaler Strukturveränderungen – Bonn-Berlin, Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung – aktiv und sichtbar für die Interessen der Beschäftigten und eine positive wirtschaftliche Entwicklung einsetzen.

Aufbruch-Stimmung für Industrie schaffen! Die Industrie ist wichtig für die Stadt und das Umland. Moderne Gesellschaften sind ohne industrielle Produkte nicht denkbar. Die im weltweiten Vergleich hohen Umweltstandards sprechen auch unter den Aspekten Ökologie und Klimaschutz für den Erhalt und Ausbau des Industriestandortes. Unbestritten ist aber auch: Die Industrie muss noch nachhaltiger, „sauberer“ und Ressourcen-schonender werden.

Planbarkeit und Verlässlichkeit sichern! Struktur- und wirtschaftspolitische Entscheidungen dürfen nicht von wahltaktischen Überlegungen überlagert werden. Negatives Beispiel ist der Godorfer Hafen.

Es geht um Haltung! Wollen Rat und Verwaltung nur Arbeitsplätze - „Sozial ist, was Arbeit schafft“ - oder setzen sie sich mit allen Mitteln für „Gute Arbeit“ ein. Hier hat Köln – wie die meisten Städte – zu lange seine Steuerungsmöglichkeiten nicht ausgeschöpft.

„Gute Arbeit“ braucht gute Ausbildung! Stadt und kommunale Töchter müssen mit Blick auf den eigenen Fachkräftemangel die Ausbildungsquoten erhöhen und dabei auch Jugendlichen eine Chance geben, die nicht den gesetzten Anforderungen genügen.

Zu „Guter Arbeit“ gehört die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Vor allem bei Kita- und Ganztagsbetreuung steht die Stadt in der Verpflichtung, wohn- oder arbeitsplatznahe Angebote vorzuhalten. Aber auch der zunehmende Bedarf von Betreuungs- und Pflegeplätzen für die Eltern der jetzigen Beschäftigtengeneration gehört dazu.

Erwerbslosen Menschen mehr Chancen geben! Die Quote der Langzeitarbeitslosen verharrt auf hohem Niveau. Das Hartz-IV-System ist gescheitert und muss durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden. Vor Ort: Das „Kölner Bildungsmodell“ zur Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen muss gesichert, der „Soziale Arbeitsmarkte“ ausgeweitet und unabhängige Beratungsstrukturen für Hartz-IV-Bezieher*innen erhalten werden.



Gute Bildung für alle

Bildungserfolge hängen von der sozialen Herkunft ab. Inklusion steckt in den Kinderschuhen. Die Bildungsausgaben liegen unter dem OECD-Durchschnitt. In internationalen Vergleichstests schneidet das deutsche Schulsystem nur durchschnittlich ab.

Lösungen sind längst bekannt: Ausbau der frühkindlichen Bildungsangebote, verlässliche Kita-Betreuung, Ausbau von Ganztagsangeboten, länger gemeinsam lernen in einer inklusiven Schule für alle, eine stärkere individuelle Förderung, Verknüpfung der einzelnen Lernorte sowie die Verbesserung der Relation von Lehrenden und Lernenden sind nur einige Stichworte. Sie machen deutlich, dass es primär um die Frage nach der Finanzierung geht. Ein besseres Bildungssystem kostet mehr Geld! Es darf nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen!

Kompensatorische Bildungspolitik konsequent umsetzen! Bildungspolitik ist Aufgabe der Länder. Kommunen können aber über die äußere Schulverwaltung – Gebäude, Ausstattung, Sozialarbeit, Jugendhilfe, Vernetzung – direkten Einfluss auf das Bildungsgeschehen nehmen.

Bildungssteuerung nutzen! Voraussetzung für ein stärkeres Engagement der Stadt ist ein Bildungsmonitoring, das als Grundlage einer Bildungssteuerung dient. Mit dem Kölner Bildungsbericht (2012) liegt eine Grundlage vor. Allerdings gibt es keine konsequente und umfassende Fortschreibung. Richtig ist: Papiere ersetzen keine Taten. Allerdings bleiben einzelne Maßnahmen, die nicht in Gesamtkonzepten und Strategien eingebunden sind, häufig Stückwerk. Deswegen müssen Rat und Verwaltung diese Berichte und Planungen kontinuierlich fortschreiben.

Bedarfsgerechte Finanzierung im Bildungsbereich sichern! Die Realität ist geprägt von einer Mangelverwaltung: Schluss mit Klassen und Kursen, die aus allen Nähten platzen, und viel zu großen Gruppen in Kitas. Angemessene und gerechte Bezahlung sowie besserer Gesundheitsschutz für eine anspruchsvolle und anstrengende Arbeit. Schluss mit Unterrichtsausfall und Befristungsunwesen. Schluss mit dem Gebäudenotstand und Sanierungsstau!

Eine Schule für alle: Unser Ziel im Sinne des inklusiven Lernens ohne soziale Auslese ist eine Schule für alle. Übergangsweise streben wir ein zweigliedriges Schulsystem mit Gesamtschulen auf der einen und Gymnasien und Berufsschulen auf der anderen Seite an. Dabei gilt: Wir brauchen deutlich mehr Gesamtschulen in Köln. Der Gesamtschulnotstand – in Köln fehlen fünf Gesamtschulen – muss beseitigt werden!

Offener Ganztag an Grundschulen (OGS): Den Offenen Ganztag gibt es seit nun mehr 15 Jahren. Aus einer provisorischen Übermittagsbetreuung wurde ein nicht mehr wegzudenkender Bildungsbereich, der mittlerweile von mehr als 90% der Kölner Grundschüler*innen besucht wird. Qualitative Standards wurden jedoch nicht mit ausgebaut, sondern an vielen Stellen drastisch reduziert.

Erwachsenen- und Weiterbildung: Das Weiterbildungsangebot der VHS muss in vollem Umfang erhalten, sogar ausgebaut werden. Die prekären Beschäftigungsbedingungen an der VHS müssen konsequent zurückgeführt und die Tarifflicht bei der Stadt Köln beendet werden.

Konkrete Forderungen zu den einzelnen Bildungsbereichen sind in der ausführlichen Fassung der „Kommunalpolitischen Forderungen 2020-2025“ enthalten.



Wohnen ist ein Menschenrecht

Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum. Schon die klassische „Mittelschicht“ hat Probleme, passenden Wohnraum zu akzeptablen Preisen zu finden. Eine Folge: Arbeitnehmer*innen mit durchschnittlichen Gehältern müssen einen immer höheren Anteil ihres verfügbaren Einkommens für die Miet- und Mietnebenkosten ausgeben. Für Menschen mit niedrigen Einkünften ist es fast unmöglich geworden, bezahlbaren Wohnraum zu finden. In der Wohnungsnot liegt sozialer Sprengstoff.

Bisherige Maßnahmen reichen nicht! Die vorhandenen Instrumente schaffen kaum Entlastung. Rat und Verwaltung müssen neue Wege gehen. Marktmechanismen und kapitalkräftige Investoren sind keine Lösung. Wohnraumversorgung muss als öffentliche Daseinsvorsorge begriffen werden.

Sozialer Wohnungsbau! 50% der Kölner*innen haben Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein, aber nur 7% der Wohnungen unterliegt einer Sozialbindung. Die Zahl der Sozialwohnungen lässt sich nur mit verbindlichen Quoten spürbar erhöhen.

Kooperatives Baulandmodell: Das Instrument hat kaum gegriffen. Deswegen muss es zu einem „Baulandmodell+“ weiterentwickelt werden: Entweder der Investor sichert die 30% zu oder er darf nicht bauen.

„Soziale Erhaltungssatzung“: Die Stadt muss Luxusmodernisierungen und entsprechende Mietpreissteigerungen verhindern. München hat mit konsequenten Regelungen gute Erfahrungen gemacht.

Kommunale Grundstücke als Steuerungsinstrument! Fläche ist nicht vermehrbar und darum nicht wie eine beliebige Ware zu behandeln. Aus diesem Grund MUSS die Stadt über die Bereitstellung von Flächen auf marktbedingte Fehlentwicklungen reagieren.

Kommunalen Wohnungsbau ausweiten! Rat und Verwaltung müssen die Weichen dafür stellen, dass der kommunale Wohnungsbestand kontinuierlich steigt. Dies macht sozialpolitisch Sinn. Die Attraktivität der Stadt führt dazu, dass sich Investitionen langfristig durch sichere Mieteinnahmen rechnen.

Werkwohnungsbau reaktivieren! Das Angebot von bezahlbaren Werkwohnungen ist ein gutes Instrument zur Personalgewinnung und -bindung, fördert die Zufriedenheit der Beschäftigten und ist auch ökologisch vorteilhaft, wenn es gelingt, die Wege zwischen Wohnung und Arbeit zu verringern.

Bezahlbarer Wohnraum statt Gewinnmaximierung! Bei städtischen Großprojekten wie dem Deutzer Hafen muss die Stadt sicherstellen, dass 70% des Wohnraums in öffentlich-rechtlicher oder genossenschaftlicher Trägerschaft entstehen. Der Rat kann mit dem 70%-Ziel ein Signal an die Menschen der Stadt senden: Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist wichtiger als mögliche Renditen!

Integrierte Entwicklung von neuen Veedeln! Mit der Parkstadt Süd, dem Deutzer Hafen oder Kreuzfeld entstehen neue Veedel. Diese bieten die Möglichkeit einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung in Bezug auf Verkehrserschließung, ökologischen Bauens, CO²-armer Energieversorgung oder flexibler Grundrisse für sich ändernde Ansprüche.

Verwaltungsoptimierung vorantreiben! Der Personalabbau im öffentlichen Dienst ist auch an den für Bauen und Liegenschaften zuständigen Ämtern nicht vorbeigegangen. Hinzu kommt, dass die Auswirkungen des demographischen Faktors erkannt wurden, eine Gegensteuerung aber unterblieb und zahlreiche Planstellen unbesetzt sind. Damit liegt ein Teil des Problems in einer falschen Personalpolitik von Stadtspitze und Rat.



Mobilität gesund, sozial und fair organisieren

So kann es nicht weitergehen! Staus und Verkehrsbehinderungen gehören seit Jahren im Berufsverkehr zum Alltag. Hinzukommen überfüllte innerstädtische Straßen sowie Busse und Bahnen. Arbeitnehmer*innen brauchen immer länger, um ihre Arbeitsplätze zu erreichen. Klar ist: Wir brauchen – auch mit Blick auf die Überschreitungen von Grenzwerten - eine Mobilitätswende.

Köln hat keine Erkenntnis- sondern Umsetzungsprobleme! Köln hat, anders als Wien oder Kopenhagen, den Einstieg in die Mobilitätswende verschlafen. Es fehlt an P&R-Plätzen am Stadtrand. Die Zugangshürden für Job-Tickets sind lange bekannt. ÖPNV und SNPV müssen mit Blick auf Taktung, Anbindung von Stadtrand und Umland, Verlässlichkeit und Preis attraktiver werden. Die Fahrradinfrastruktur (Wege und Schnellwege, sichere Abstellplätze) muss verbessert und die einzelnen Verkehrswege (Straße, Radweg, Fußweg, Schiene) getrennt werden.

Keine Einschränkungen ohne Alternativen! Um die Mobilität zu sichern, dürfen Einschränkungen – beispielsweise Reduzierung von Fahrspuren oder Parkplätzen – nur erfolgen, wenn zeitgleich alternative Mobilitätsformen aufgebaut werden. Köln braucht eine integrierte Lösung von öffentlicher und individueller, auch automobiler Mobilität, auf die viele Berufspendler*innen aus Köln und dem Umland mangels Alternative angewiesen sind.

Finanzierung sicherstellen! Die Mobilitätswende kostet viel Geld. Für Planung und Umsetzung wird mehr Personal benötigt. Gleiches gilt für die notwendige Sanierung von Brücken und Straßen sowie für das regionale Baustellenmanagement. Rat und Verwaltung müssen daher deutlich mehr Mittel und Stellen im Haushalt einplanen.

Interessenausgleich: Der (Aus-)Bau von Verkehrsinfrastrukturprojekten ist immer mit Klagen verbunden. In den Niederlanden gelingt es besser, einen Interessenausgleich herzustellen. Dieser kostet Ressourcen – für Kommunikation, Alternativplanungen und Ausgleichsmaßnahmen. Auch das ist ein Grund, warum die Stadt mehr Mittel im Haushalt einplanen muss.

Keine einseitigen Fahrverbote. Seit Jahren werden Schadstoffgrenzwerte überschritten. Das Urteil zum Dieselfahrverbot ist eine ‚Ohrfeige‘ für Rat und Verwaltung. In Deutschland fahren ca. 9 Millionen Fahrzeuge mit Dieselmotoren. Ein Fahrverbot schädigt die Betroffenen, die sich auf die Zusicherungen der Hersteller sowie auf die staatliche Aufsichtsfunktion verlassen haben. Die Betroffenen werden ökonomisch bestraft und in ihrer Mobilität eingeschränkt. Solange alle anderen Maßnahmen zur Einhaltung der Emissionswerte bei den Stickoxiden nicht ausreichen, ist nur eine Lösung durch *zeitweilige* Fahrverbote für ALLE Verkehrsträger und Fahrzeuge sinnvoll. Auch der drohende Anstieg von CO²-Emissionen durch den Umstieg von Diesel- auf Benzinmotoren spricht für eine solidarische Einschränkung.

Technologieoffenheit: Zu einem emissionsarmen – und freien Mobilitätskonzept gehören auch individuelle Mobilitätsformen. Wir brauchen eine Vielfalt der Antriebsformen für den jeweiligen Einsatzbereich. Deshalb setzt sich der DGB Köln für eine offene Technologieentwicklung ein, die sowohl Verbrennungsmotoren, Brennstoffzellentechnik wie E-Antriebe umfasst. Die Stadt Köln und die Unternehmen der Energiewirtschaft sind gefordert, die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine emissionsarme Elektromobilität in Köln zu schaffen. Zugleich sind Entwicklung und Einsatz von Wasserstofftechnologien zu fördern.



Soziale Stadt: Gutes Leben für alle

Soziale Spaltung wächst: Kommunen müssen die Funktion eines lokalen Sozialstaates übernehmen. Hierzu gehören die Angebote der Daseinsvorsorge, die Ausrichtung der Struktur- und Wirtschaftspolitik sowie Ausschreibung und Vergabe am Prinzip „Gute Arbeit“ und eine kompensatorische Bildungspolitik.

Masterplan für alle Stadtteile: Mit dem Handlungskonzept „Starke Veedel“ haben Rat und Verwaltung den Weg für eine sozialräumliche Stadtentwicklung bereitet. Dieser Ansatz muss auf alle Stadtteile ausgeweitet und gebündelt werden muss.

Vielfalt anerkennen, Zusammenleben gestalten: Köln ist eine vielfältige Stadt. Individualität und Vielfalt sind eine Bereicherung, schaffen aber auch Konflikte. Entscheidend ist, wie die Gesellschaft damit umgeht. Dabei gilt: Rat und Verwaltung müssen Vorbild sein.

Raum für Vielfalt sichern und entwickeln! Vielfalt braucht im wahrsten Sinne des Wortes „Raum“ – also soziale Infrastruktur. Basis sind die Kölner Bürgerzentren, deren Angebote möglichst weiter ausgebaut werden müssen. Daneben macht es Sinn, ZUSÄTZLICH digitale Räume zu schaffen, die niederschwellig Begegnung und Partizipation ermöglichen.

Lebenswerte Stadt: Raum für Vielfalt hat mit der Gestaltung des Stadtraumes zu tun – besonders mit der Aufenthalts- und Verweilqualität. Hier ist in Köln noch viel „Luft nach oben“. Maßnahmen wie die Belebung des Ebertplatzes müssen auf andere Plätze ausgeweitet werden. Notwendig sind ausreichende Pflege und Reinigung dieser „Begegnungsflächen“, damit sich Menschen dort gerne aufhalten und sicher fühlen.

Ehrenamt unterstützen! Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist ehrenamtliches Engagement unverzichtbar. In Köln engagieren sich über 400.000 Menschen ehrenamtlich. Um dieses Engagement zu stärken, ist eine intensivere Zusammenarbeit bzw. ein besserer Austausch zwischen Verwaltung und Ehrenamtsnetzwerken notwendig.

Stark im Alter: In Köln leben 250.000 Senioren*innen. Es gibt ein vielfältiges Geflecht aus Seniorenvertretungen, Runden Tischen und Netzwerken. Hier fehlen Übersicht und Transparenz. Außerdem ist die Stadt in vielen Bereichen nicht altersgerecht ausgerichtet. Rat und Verwaltung müssen die besonderen Bedarfe und Anforderungen der älteren Generation konsequenter berücksichtigen.

Kunst und Kultur: Hinter die Kulissen schauen! Köln ist durch Kunst und Kultur geprägt. Kultur ist identitätsstiftend und ein Bestandteil der Daseinsvorsorge. Insbesondere die freie Kulturszene ist geprägt von prekären Arbeitsverhältnissen. Aber auch bei städtischen Kultureinrichtungen steht nicht alles zum Besten. Dabei gilt: Nur mit verlässlichen Arbeitsbedingungen und einer auskömmlichen Finanzierung lassen sich gute Ergebnisse erzielen.

Sicherheit: Längst sind es nicht mehr nur die Menschen in sogenannten sozialen Brennpunkten, die sich um Sicherheit sorgen. Medienberichte von Katastrophen, Terrorismus oder Alltagskriminalität tragen dazu bei, dass Sicherheit ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Bürger*innen erwarten, dass sich staatliche Stellen um Probleme oder Missstände kümmern und Verantwortung übernehmen.



Ökologische und nachhaltige Stadt

Zielkonflikte: Auch eine stärker an ökologischen Zielen ausgerichtete Stadtentwicklung und die hierzu notwendigen Veränderungen werden zu vermehrten Konflikten und Protesten führen. Alle Menschen wollen in einer möglichst intakten Umwelt leben, gesunde Luft atmen und sauberes Wasser trinken. Diese Wünsche stehen im Konflikt mit anderen Bedürfnissen, z.B. nach Wohnraum, Heizen, Mobilität, Energie, Arbeit, Ernährung, Bekleidung, Kommunikation oder Konsum, die immer auch mit Ressourcenverbrauch und Auswirkungen auf die Umwelt verbunden sind.

Gesamtkonzept: Die notwendigen klimapolitischen Weichenstellungen müssen in ein nachhaltiges Gesamtkonzept eingebunden sein. Sie lassen sich nur im gesellschaftlichen Konsens erzielen. Sie müssen von den Menschen getragen werden und dürfen nicht zu einer sozialen Spaltung führen, bei der nur Menschen mit geringen Einkünften Veränderungen spüren. Die soziale und ökologische Transformation unserer Gesellschaft braucht eine breit angelegte Unterstützung und gesellschaftliche Mehrheiten. Beides ist nur auf Basis eines zivilen, respektvollen und gewaltfreien Umgangs unter Einhaltung demokratischer Regeln und Werte möglich, denn auch für den Klimaschutz gilt: Der Zweck heiligt nicht die Mittel.

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass die Berücksichtigung von ökologischen Aspekten keine neue Erfindung ist. Umweltverträglichkeitsprüfungen, Scoping- und Beteiligungsverfahren sind bei Großprojekten schon seit Jahrzehnten vorgeschrieben. Dies gilt auch für ökologische Ausgleichsmaßnahmen. Zur „Befriedung“ von unterschiedlichen Interessen haben diese Verfahren bisher kaum beigetragen. Rat und Stadtpitze müssen daher deutlicher erklären, welche Konsequenzen mit dem Ausrufen des Klimanotstandes verbunden sind.

Diskussionen entzerren - neue Politikformen nutzen: Vor dem Hintergrund zunehmender (Interessen-) Konflikte muss sich die Politik ändern. Anstelle „bundestagstauglicher Debatten“ in Rat und Ausschüssen ist eine transparentere Diskussion und Kommunikation drin-

gend notwendig. Gegenseitige Angriffe und Vorwürfe helfen nicht weiter. Notwendig sind ein Ringen um den besten Weg, ein Austausch von Argumenten und eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Gegenargumenten. Hierzu ist es hilfreich, wenn Rat und Verwaltung ihre Entscheidungen stärker über Zielkaskaden steuern. Dies sorgt dafür, dass Diskussionen – Grundsatzentscheidungen und Detailplanungen - inhaltlich entzerrt werden.

Für uns gilt: Transparente Kommunikation ist eine Bringschuld von Rat und Verwaltung. Rat und Stadtpitze sind das zentrale Vertretungsorgan der Bürgerschaft. Sie müssen möglichst viele Einwohner*innen der Stadt von Entscheidungen überzeugen und nicht nur die Mitglieder der eigenen / nahestehenden Parteien.

Positive Aufbruchsstimmung statt Verbotsdiskussion! Vor allem mit Blick auf die großen Herausforderungen – Wohnen, Umwelt, Klima, Mobilität, Arbeit und Soziales – ist es entscheidend, dass die Menschen in Köln den Eindruck gewinnen, die politisch Verantwortlichen in Rat und Verwaltung verfügen über konkrete Visionen und mögliche Umsetzungsschritte zur Entwicklung der Stadt ... und natürlich auch über den Willen zur Umsetzung. Verbotsdiskussionen werden keine Mehrheit finden.



Kommunal Finanzen

Keine Entwarnung: In den vergangenen Jahren konnte die öffentliche Hand überdurchschnittliche Steuereinnahmen verzeichnen. Zusätzlich wurden sie durch die niedrigen Zinsen beim Schuldendienst entlastet. Dennoch gibt es keine Entwarnung bei den Kommunal Finanzen. Eine über 20 Jahre währende strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen hat zu einem erheblichen finanziellen Aufholbedarf und immensen Investitionsrückstand geführt.

Die Folgen sind für Wirtschaft sowie Bürger*innen fatal: Weil Geld und Personal fehlen, bleiben Investitionen in Schulgebäude und Infrastruktur aus, Bibliotheken, Bäder und andere Kultur- und Freizeiteinrichtungen müssen schließen. Gleichzeitig werden kommunale Abgaben, Steuern, Gebühren und Beiträge erhöht, was Bürger*innen und Wirtschaft belastet.

Entschuldung der Kommunen! Die Altschulden erdrücken viele Kommunen. Dabei gilt: Die meisten Kommunen haben nicht über ihren Verhältnissen gelebt. Sie haben einfach zu wenig Geld, um ihre gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben zu erfüllen. Notwendig ist eine Lösung für die Kassenkredite, an der sich Bund, Länder und Kommunen fair beteiligen müssen.

Gemeindefinanzreform: Kommunen müssen in der Zukunft besser finanziell ausgestattet werden. Wachsende gesellschaftliche Aufgaben dürfen nicht zulasten der Kommunen gelöst werden. Dazu ist die strikte Einhaltung des Konnexitätsprinzips entscheidend. Das bedeutet: Wer bestellt, bezahlt! Außerdem ist eine direkte Beteiligung des Bundes an den kommunalen Sozialausgaben notwendig.

Gemeindegewerbesteuer: Der DGB-Bundesvorstand hat 2017 Eckpunkte für ein gerechteres Steuersystem vorgelegt und eine Umwandlung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindegewerbesteuer gefordert. Durch die Einbeziehung der Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit, einschließlich der Freiberufler, wird der Kreis der Steuerpflichtigen ausgeweitet und die Bemessungsgrundlage verbreitert. Einbezogen werden dann auch Steuerbilanzgewinne unter vollständiger Hinzurechnung aller gezahlten und in Deutschland erwirtschafteten Zinsen, Mieten, Pachten und Leasingraten.

Verteilungsgerechtigkeit: Notwendig sind aber auch Veränderungen im Steuersystem, die insgesamt zu mehr Gerechtigkeit und einem höheren Steueraufkommen beitragen: Börsentransaktionssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer usw. Diese Maßnahmen – in Verbindung mit einer Neuverteilung der Finanzmittel zu Gunsten der Kommunen – geben den Städten und Gemeinden mehr Handlungsspielräume, die sie dringend benötigen, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern und Teilhabe besser zu ermöglichen.

Rat und Stadtspitze müssen sich viel stärker als bisher für eine Reform der Gemeindefinanzausstattung aussprechen; ihren Einfluss auf Landes- und Bundesregierung entsprechend geltend machen und sich im Deutschen Städte- und Gemeindebund für ein koordiniertes Handeln der Kommunen einsetzen;



Nachtrag: Corona und die Folgen

Die Pandemie hat gesellschaftliche Fehlentwicklungen ins Rampenlicht gerückt, hat kritischen ‚Aufklärungsunterricht‘ zum Thema Staat und Markt sowie wichtige Anregungen für eine zukunftsorientierte Politik gegeben. Unsere, vor der Pandemie formulierten, kommunalpolitischen Forderungen sehen wir daher bestätigt.

Die Pandemie hat die zentrale Bedeutung der Daseinsvorsorge stärker in das Bewusstsein gerückt. Deshalb unterstreichen wir unsere Forderungen: Die Daseinsvorsorge darf nicht an betriebswirtschaftlicher Profitabilität ausgerichtet werden, sondern muss sich an den Bedürfnissen der Menschen orientieren. Sie muss eine präventive Vorsorge vor ökologischen, technologischen und gesundheitlichen Krisen leisten.

Gewerkschaftlich gut organisierte Berufsgruppen und Branchen können auch in der aktuellen Ausnahmesituation ihre sozialen und gesellschaftlichen Interessen wirkungsvoll durchsetzen. Wir unterstützen diesen solidarischen Zusammenschluss für faire Tarifverträge und solidarischen Lastenausgleich.

Die Pandemie hat Fehlentwicklungen des Arbeitsmarktes offengelegt und verstärkt. Beifall oder steuerfreier Einmalbonus ersetzen kein faires Entgelt! Die Stadt Köln muss Vorbild und Treiber sein. Verwerfungen / Fehlentwicklungen des Arbeitsmarktes müssen konsequent abgeschafft werden.

Wer zahlt die Rettung? Die öffentliche Hand hat Milliarden Euro als Soforthilfe zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig brechen die Steuereinnahmen weg. Damit es nicht zu massiven Einschnitten kommt, sind eine Gemeindefinanzreform, eine Entschuldung der Kommunen, eine Abkehr von der Schuldenbremse sowie ein sozialer Lastenausgleich nach dem Vorbild des Lastenausgleich-

gesetzes von 1952 notwendig. Zusätzlich müssen Steuer-schlupflöcher geschlossen, eine Börsentransaktionssteuer und Vermögenssteuer eingeführt und die Erbschaftssteuer reformiert werden. Die Pandemie hat die Zukunftsdebatte über Verteilung von Reichtum eröffnet.

Weichen in die Zukunft richtig stellen! Die Sicherung der energetischen Grundlagen unserer Gesellschaft wie Realisierung der Energiewende sind Grundlage aller ökologischen und sozialen Zukunftsprojekte. Deshalb müssen alle konjunkturellen Pakete darauf gerichtet sein, dass beim ökologischen Umbau für die Arbeitnehmer*innen die soziale Sicherheit erhalten bleibt und soziale Gerechtigkeit energisch gefördert wird.

Kommunale Demokratie sichern! Die Pandemie und ihre Folgen haben gezeigt, dass in existenziellen Krisen nicht nur eine effektiv handelnde Exekutive notwendig ist, sondern auch eine funktionierende, föderale Demokratie, die allen gesellschaftlichen Gruppen erlaubt, ihre Bedürfnisse und Interessen über zivile Selbstorganisation, Gewerkschaften und Parteien in die politische Entscheidungsfindung einzubringen. Deshalb müssen Einschränkungen von Grundrechten immer auf das notwendige Maß beschränkt bleiben und einer parlamentarischen Kontrolle sowie einer ggfls. nachträglichen Legitimation unterliegen.

Vom Krisenmodus zum Gestaltungsmodus: Die Pandemie hat kurzfristig alle anderen Themen und Herausforderungen verdrängt. Die Pandemie bietet die Chance, Fehlentwicklungen der Vergangenheit umzukehren, Solidarität zu organisieren und Verteilungsgerechtigkeit herzustellen – auf Ebene der Kommunen, der einzelnen Staaten, in Europa und global. Jetzt kommt es auf den Willen in Politik und Gesellschaft an, diese Chance zu nutzen.

Stand: 15.06.2020 |

Impressum: DGB-Stadtverband Köln, Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln
Tel: 0221 – 500032-0, Fax: 0221 – 500032-20, Koeln@DGB.de

Foto Deckblatt: Pixabay.com

